



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

26. hét

2019.06.24.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *In dieser Woche endet die zweite Runde der Vorwahl in der Hauptstadt:*

Wirkliche Unterschiede in den Standpunkten waren zwischen Gergely Karácsony, Olga Kálmán und Gábor Kerpel-Fronius bei keiner einzigen Debatte wahrzunehmen. Aus diesem Grund dürften nicht die Eignung, sondern persönliche Sympathien und Bekanntheitsgrad sowie Parteizugehörigkeit darüber entscheiden, wer am Mittwoch als Sieger aus diesem Kandidatenwettbewerb hervorgeht. Unterdessen nehmen die Popularitätswerte von OB István Tarlós gegenüber keinem der Herausforderer ab.

Wirtschaftspolitik – *Am 12. Juli verabschiedet das Parlament den Haushaltsplan für 2020:*

Vergangene Woche ging die allgemeine Debatte über den Staatshaushalt des kommenden Jahres vonstatten, bei der die Abgeordneten der Opposition keine wirklichen Schwachpunkte in der Vorlage des Finanzministers aufdecken konnten. In Hinsicht auf die Makrozahlen darf mit keiner Änderung mehr gerechnet werden; die Finanzierung der Aktionspläne zum Schutz der Wirtschaft und zur Unterstützung der Familien ist gesichert.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Die Einheit der V4 dürfte innerhalb der Europäischen Union eine Aufwertung erfahren:*

Vorläufig ist nicht abzusehen, welche Vereinbarungen zwischen Regierungen eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat herbeiführen können, um die entsprechend geeigneten Kandidaten für die Bekleidung der Präsidentenämter in Europaparlament und Europäischer Kommission vorzuschlagen. Das Nominierungsrecht des Rates ist eine entscheidende Frage, ähnlich wie die Bewahrung der politischen Einheit der V4.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *In Verbindung mit dem Schiffsunfall auf der Donau bedarf es objektiver, fachgerechter Ermittlungen:*

Innenminister Sándor Pintér übergab am vergangenen Donnerstag in Budapest Auszeichnungen an jene Fachleute, Mitarbeiter von Behörden und Zivile, die bei der Rettung der Insassen des auf der Donau verunglückten Schiffs am 29. Mai und bei der Bergung des Wracks außerordentliche Leistungen vollbrachten. Im Oppositionslager fanden sich tatsächlich Politiker, die auch diese Tragödie noch für ihre eigenen Zwecke ausnutzen wollten, bevor überhaupt die offiziellen Ermittlungen abgeschlossen sind.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

IN DIESER WOCHE ENDET DIE ZWEITE RUNDE DER VORWAHL IN DER HAUPTSTADT

Wirkliche Unterschiede in den Standpunkten waren zwischen Gergely Karácsony, Olga Kálmán und Gábor Kerpel-Fronius bei keiner einzigen Debatte wahrzunehmen. Aus diesem Grund dürften nicht die Eignung, sondern persönliche Sympathien und Bekanntheitsgrad sowie Parteizugehörigkeit darüber entscheiden, wer am Mittwoch als Sieger aus diesem Kandidatenwettbewerb hervorgeht. Unterdessen nehmen die Popularitätswerte von OB István Tarlós gegenüber keinem der Herausforderer ab.

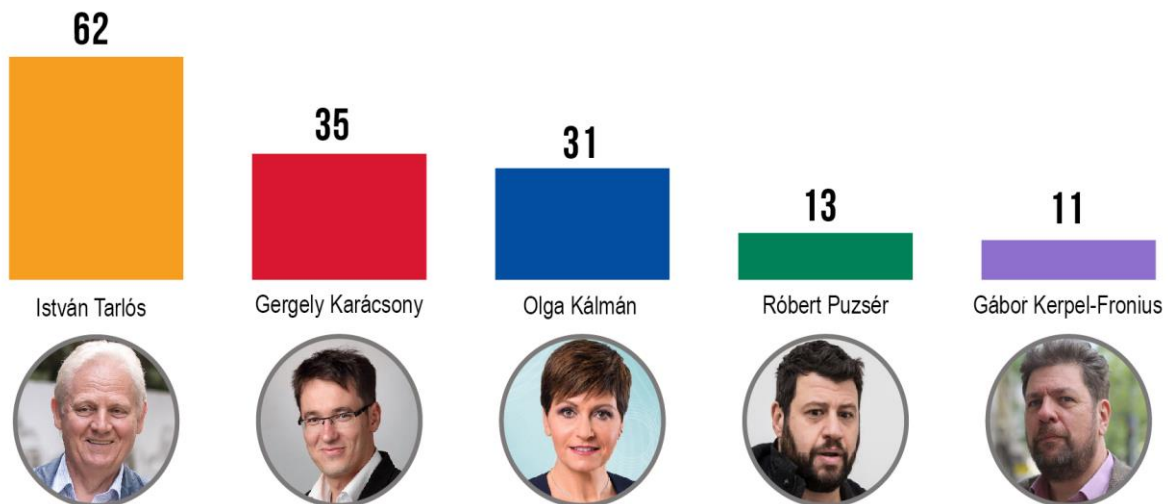
Ausgehend von einer telefonischen Befragung des Nézőpont-Instituts unter 1.000 Personen in Budapest hat kein einziger Kandidat der Linken Chancen gegen István Tarlós, dem seit 2010 im Amt befindlichen Oberbürgermeister der Regierungsparteien das Recht der Stadtführung streitig zu machen. Zum einen glauben sieben von zehn Budapestern (71 Prozent), dass Tarlós die Wahlen, würden diese am kommenden Sonntag stattfinden, gewinnen würde. Zum anderen können die Kandidaten der Linken dem regierenden Oberbürgermeister auch in der maßgeblichen Dimension der vermuteten Kompetenz nicht das Wasser reichen. István Tarlós ist demnach laut Meinung von 62 Prozent der Befragten geeignet, das Amt zu bekleiden, während sich nur 35 Prozent einen Gergely Karácsony und nur 31 Prozent eine Olga Kálmán als Oberbürgermeister vorstellen können. In dieser Dimension wird der von der Momentum aufgestellte Gábor Kerpel-Fronius (11 Prozent) sogar noch von Róbert Puzsér überholt, denn den Publizisten hielten 13 Prozent der Befragten für geeignet. Aus diesem Grund hat kein einziger Oppositionspolitiker augenblicklich reale Chancen, im Fall seines Siegs bei der Vorwahl anschließend auch gegen Tarlós zu gewinnen, weil dieser im direkten Duell jeden einzelnen Rivalen deutlich schlagen würde.

Eine entscheidende Frage der Vorwahlen lautet, welche Garantien die Oppositionsführer dafür vorfinden, damit sich nicht jene Lage wie nach den Europawahlen wiederholt, als im Vorfeld getroffene Vereinbarungen über den Haufen geworfen wurden. Im Oppositionslager zeigt sich ein permanenter Machtkampf, wobei die Form der Vorwahl nicht unbedingt dazu geschaffen ist, Frieden zwischen den Parteien des linken Lagers zu stiften und eine Einheit der Opposition zu erwirken. Eine denkbare Lösung, um die Machtkämpfe zu vermeiden, wäre eine hohe Wahlbeteiligung. Für die zweite Runde wurde früher ein Schwellenwert von 50.000 Teilnehmern für die Gültigkeit der Abstimmung festgelegt, wobei es sich um eine ausgesprochen niedrige Zahl handelt. Nachdem sich

an der ersten Runde der Vorwahl nur 34.000 Menschen beteiligten, dürfte das angespannte innenpolitische Klima für eine höhere Aktivität in der zweiten Runde sorgen. Eine Teilnahme von 50.000 Menschen würde bedeuten, dass sich 12,5 Prozent der Sympathisanten der Oppositionsparteien beteiligt hätten, die bei den Europawahlen jüngst 400.000 Stimmen holen konnten, und nur 4 Prozent der Budapester. Deshalb aber lässt sich die Legitimierung durch diese Abstimmung in Frage stellen, die später durchaus noch außer Kraft gesetzt werden kann.

Für den Sieg bei der Vorwahl hat jener Kandidat die besseren Aussichten, dessen Partei oder Anhänger ihre Wähler effizienter mobilisieren können. Auf der Grundlage der bei der Europawahl erzielten Ergebnisse hätte der Kandidat der Momentum-Bewegung gute Aussichten, der jedoch dermaßen unbekannt ist, dass sich die Wähler in seinem Interesse nur schwerlich aktivieren lassen. Olga Kálmán und Gergely Karácsony wiederum sind bekannte und bis zu einem gewissen Grad auch beliebte Kandidaten, so dass sich die Vorwahl zwischen diesen beiden Kandidaten entscheiden dürfte.

KEIN EINZIGER KANDIDAT DER LINKEN BESITZT CHANCEN GEGEN TARLÓS



Was meinen Sie, wäre ... geeignet, Oberbürgermeister von Budapest zu sein?

Die Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts erfolgte zwischen dem 14. und dem 19. Juni unter telefonischer Befragung von 1.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Budapester Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer Stichprobe von 1.000 Personen ergibt sich eine maximale Fehlertoleranz von 3,1 Prozent. Die Angaben verstehen sich in Prozent. Fotos: Facebook, MTI, Róbert Puzsér. Portrait: Magyar Nemzet, András Éberling.



UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

AM 12. JULI VERABSCHIEDET DAS PARLAMENT DEN HAUSHALTSPLAN FÜR 2020

Vergangene Woche ging die allgemeine Debatte über den Staatshaushalt des kommenden Jahres vonstatten, bei der die Abgeordneten der Opposition keine wirklichen Schwachpunkte in der Vorlage des Finanzministers aufdecken konnten. In Hinsicht auf die Makrozahlen darf mit keiner Änderung mehr gerechnet werden; die Finanzierung der Aktionspläne zum Schutz der Wirtschaft und zur Unterstützung der Familien ist gesichert.

Wie bereits bekannt, steigen die Zuwendungen für Familien im kommenden Jahr um knapp 224 Milliarden Forint, bringt der Aktionsplan zum Schutz der Wirtschaft Hilfe in Höhe von 500 Milliarden Forint für die Wirtschaftsakteure, während die Steuern weiter gesenkt und die Ausgaben für Sicherheitszwecke erhöht werden. Der Finanzminister rechnet in seiner Vorlage mit einem Wirtschaftswachstum von 4 Prozent, einem Haushaltsdefizit von 1 Prozent am BIP, der fortgesetzten Senkung der Staatsschulden bis zum Jahresende 2020 auf 67 Prozent am BIP sowie einer mittleren Jahresinflation von 2,8 Prozent. Die Regierung hat für 2020 erneut einen Haushalt mit Nullsaldo erstellt, was die Bewirtschaftung des Staates (ohne Investitionen) betrifft. Ein zentrales Element für das Erreichen eines Haushalts mit Nullsaldo, also ohne die Aufnahme von Neuschulden, könnte aus der Anhebung des Volumens der Sicherheits- und der frei verfügbaren Reserven bestehen. In den nächsten Jahren sollen nämlich die in diese Positionen eingestellten Beträge ausgehend vom aktuellen Entwurf systematisch erhöht werden und bis 2023 die Summe von 800 Milliarden Forint erreichen, was Raum bietet für eventuelle Steuersenkungen und Programme der Lastenreduzierung. Darauf lässt sich aus den einzelnen Haushaltskapiteln im Gesetzentwurf schließen, in denen das Bemühen abzulesen ist, die Veränderungen der Einnahmen- und der Ausgabenseite bis 2023 festzuhalten. Ausgehend davon könnten sich die früher bekanntgemachten und im Konvergenzprogramm niedergelegten Defizitziele noch optimistischer entwickeln: Das Defizitziel von 1 Prozent am BIP für 2020 könnte 2021 auf 0,7 Prozent, 2022 weiter auf 0,4 Prozent und 2023 schließlich auf 0 Prozent sinken. Unterdessen würde das ungarische Bruttoinlandsprodukt von für dieses Jahr erwarteten 44.000 Milliarden Forint bis 2023 auf über 60.000 Milliarden Forint zunehmen. Parallel dazu würden die drei relevantesten Quellen an Steuereinnahmen Jahr für Jahr in einem den BIP-Zuwachs in der Dynamik übertreffenden Ausmaß steigen: Die Körperschaftsteuer von

339,5 Milliarden auf 631,9 Milliarden Forint, die Mehrwertsteuer (ÁFA) von 4.290,4 Milliarden auf 5.936 Milliarden Forint, die Einkommensteuer von brutto 2.361 Milliarden auf 3.327,9 Milliarden Forint. Neben der systematischen Zunahme der Einnahmen würde ein markantes Element der Ausgabenseite, der Fonds für Landesschutz und Steuersenkungen sowie Entwicklungen, von 60 Milliarden Forint in diesem Jahr bis 2023 bereits auf 790 Milliarden Forint zunehmen. Dabei handelt es sich um die freien Reserven im Haushaltsplan, die es somit der Regierung schon in wenigen Jahren erlauben würden, massive Steuersenkungen vorzunehmen, gesetzt den Fall, das Wirtschaftswachstum kann über vier Prozent gehalten werden.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DIE EINHEIT DER V4 KÖNNTE IN DER EU AUFGEWERTET WERDEN

Vorläufig ist nicht abzusehen, welche Vereinbarungen zwischen Regierungen eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat herbeiführen können, um die entsprechend geeigneten Kandidaten für die Bekleidung der Präsidentenämter in Europaparlament und Europäischer Kommission vorzuschlagen. Das Nominierungsrecht des Rates ist eine entscheidende Frage, ähnlich wie die Bewahrung der politischen Einheit der V4.

„Die V4-Staaten haben für jede wichtige Position in der Gemeinschaft zwei, drei Kandidaten in der Hinterhand, wobei wir gute Aussichten besitzen, um die Visegrád-Gruppe mit einem angemessenen Gewicht bei den Konsultationen zu vertreten“, erklärte Ministerpräsident Viktor Orbán am vergangenen Freitag, in einem Interview im Anschluss an den zweitägigen Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten. Das Gipfeltreffen brachte keine für die Öffentlichkeit greifbaren Ergebnisse, dennoch wurde bereits die Aussage getroffen, dass weder Manfred Weber, der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei, noch Frans Timmermans nach dem Rücktritt von Jean-Claude Juncker das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission bekleiden werden. Aus dem Blickwinkel der Visegrád-Staaten ist der mit dieser Nachricht verbundene Optimismus und die Zuversicht bezüglich der weiteren Entwicklung nur zu verständlich, wollten doch nach einer früheren Meinungsumfrage des Nézópont-Instituts gleich 80 Prozent der Bürger dieser Länder keinen der Spitzenkandidaten unterstützen. Der hohe Grad der Ablehnung war dabei europaweit zu

beobachten, denn nicht nur die V4, sondern auch Frankreich und Italien bedachten das System der Spitzenkandidaten mit schweren Kritiken.

Die Abstimmungen drehen sich dabei nicht nur um das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission, sondern um weitere Schlüsselpositionen. Eine Einigung ist jedoch nicht zu erkennen: Selbst Frankreich und Deutschland, die früher als starke Verbündete angesehen wurden, sind in dieser Hinsicht gespalten. Die V4-Ministerpräsidenten wollen ihrerseits mehrere Kandidaten für die einzelnen Positionen nominieren. Als geeigneten Kandidaten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission betrachten sie jenen Michel Barnier, der sich während des Europawahlkampfes ständig im Windschatten der Spitzenkandidaten bewegte, doch sieht Peter Pellegrini auch Maroš Šefčovič weiter unter den potenziellen Kandidaten, der zuvor als EU-Kommissar für Bildung, Jugend und Kultur tätig war. Daneben wurde dieser Tage als eine besonders akzeptable Kandidatin für die Polen die Weltbank-Präsidentin Kristalina Georgiewa ins Spiel gebracht. Innerhalb des Europäischen Rates verfügen die V4 über eine weitaus größere Lobbykraft, als im Europaparlament. Im Rat muss eine Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit (die durch 65 Prozent der Bürger der Europäischen Union und 55 Prozent der Mitgliedstaaten getragen wird) für die entsprechende Kandidatur getroffen werden.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

IN VERBINDUNG MIT DEM SCHIFFSUNGLÜCK AUF DER DONAU BEDARF ES OBJEKTIVER, FACHLICHER ERMITTLUNGEN

Der Ministerpräsident bezeichnete eine Anfrage der Co-Vorsitzenden der linken Splitterpartei Párbeszéd, Tímea Szabó, als die geschmackloseste Wortmeldung der vergangenen dreißig Jahre im ungarischen Parlament. Tímea Szabó hatte den ungarischen Ministerpräsidenten in Verbindung mit dem Schiffsunglück noch vor Abschluss der offiziellen Untersuchungen in einem zweifelhaften Stil zur Verantwortung ziehen wollen. Diese Wortmeldung der Párbeszéd-Politikerin konnte nur einem Ziel dienen: ihre eigene politische Gemeinschaft zu aktivieren und von der Richtigkeit der eigenen Behauptungen zu überzeugen, also jenes eine Prozent der Wähler, die hinter der Párbeszéd stehen. Die Abgeordnete meinte, der Ministerpräsident trage eine Mitschuld, weil der Schweizer Inhaber der Viking-Gesellschaft eine gemeinsame Firma mit dem ungarischen Staat unterhalte, welche die

Gewinne der Donau-Schifffahrt abschöpfe. Was letztere Behauptung betrifft, hat sich inzwischen herausgestellt, dass die MAHART Passnave Kft. zur Zeit der zweiten Gyurcsány-Regierung, im Jahre 2008 privatisiert wurde. Die neuen Eigentümer wurden jene Masped Zrt., die noch 1948, also zur Zeit der Begründung des ungarischen Sozialismus, eingerichtet wurde, sowie die Veranstaltungsfirma Európa Rendezvényiroda Kft., mit Geschäftsanteilen von 84 zu 16 Prozent. Fünf Jahre später, als die zweite Orbán-Regierung die Amtsgeschäfte führte, gelangten die Mehrheitsanteile an der auf die Passagierschifffahrt spezialisierten Firma wieder in staatliche Hand, und zwar auf dem Wege einer spezifischen Transaktion und mit besonderen Zahlungsbedingungen: Im Oktober 2013 erwarb der ungarische Staat 51 Prozent an den Masped-Geschäftsanteilen, wobei der Kaufpreis aus den Dividenden der folgenden fünf Jahre beglichen wurde. Die MAHART Passnave wurde im Jahre 2013 durch die Staatliche Vermögensverwaltung (MNV) für den ungarischen Staat erworben. Seit diesem März übt die Ungarische Tourismusagentur (MTÜ) die Eigentümerrechte über diese Firma aus. Ministerpräsident Viktor Orbán betonte in seiner Entgegnung auf die Anfrage im Parlament, er habe sämtliche Fragen – einschließlich der Anteilnahme – bereits am Tag nach dem Unglück mit dem Premierminister Südkoreas besprochen. Des Weiteren habe er die Behörden angewiesen, eine umfassende Untersuchung einzuleiten, deren Ergebnis abzuwarten sei.

PROGNOSE

- **Am 30. Juni folgt bereits der nächste Gipfel des Europäischen Rates, bevor sich am 2. Juli das neu gewählte Europaparlament konstituiert. Der außerordentliche EU-Gipfel könnte Fortschritte, die Gründungssitzung des Parlaments Entscheidungen über die wichtigen Positionen bringen.**

Der abdankende Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, hatte früher erklärt, die Europäische Union müsse über die vier relevantesten Positionen – des künftigen Präsidenten der Europäischen Kommission, des Präsidenten des Europaparlaments, des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik sowie des Präsidenten der Europäischen Zentralbank – einheitlich, in einem Paket entscheiden. Das bedeutet, dass am 2. Juli neben der Person des neuen Parlamentspräsidenten auch hinsichtlich der Kandidaten für die weiteren wichtigen Positionen Entscheidungen fallen könnten. Im gegenwärtigen Augenblick zeigen sich hierfür nur minimale Chancen, doch finden im Wochenverlauf noch zahlreiche informelle und formelle Verhandlungen statt. So werden auch die V4 zur Wochenmitte erneut zu Konsultationen zusammenkommen, bevor sich der Europäische Rat am 30. Juni mit der Absicht zusammensetzt, einen Konsens zu den Kandidaten zu finden. Aus den Wortmeldungen führender europäischer Politiker ist momentan nur abzulesen, dass der künftige Präsident der EU-Kommission nicht unter den Spitzenkandidaten ausgewählt wird.